



**Maiaufruf der Arbeitnehmer-Union der CSU (CSA)
zum „Tag der Arbeit“ am 1. Mai 2013**

„Bayern – menschlich, sozial und gerecht“

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der CSU in Bayern und der christlich-liberalen Bundesregierung ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben in vielen Regionen Bayerns Vollbeschäftigung, die Arbeitslosenquote liegt in allen Landesteilen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten befindet sich auf Rekordniveau.

Kein Land bietet bessere Chancen für sozialen und beruflichen Aufstieg. Dennoch dürfen wir uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Wer arbeitet, muss auch fair bezahlt werden! Das ist für uns wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft und ein wichtiges Ziel der Christlich-Sozialen Union.

Mindestlohn

Endlich müssen die Bedingungen für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen verbessert, d.h. für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer erleichtert werden.

Trotz des Abschlusses von entsprechenden Tarifverträgen ist der Einsatz von Leiharbeit unbefriedigend. Er soll die betrieblich bedingte Ausnahme und nicht die Regel sein. Nur wenn es gelingt, mehr Tarifverträge abzuschließen kann auf eine gesetzliche Regelung verzichtet werden.

Der Grundsatz " Gleicher Lohn für gleiche Arbeit " muss innerhalb von 6 Wochen erreicht werden.

Rente

Die Rente muss Lebensleistung direkt abdecken. Erziehung und Pflege müssen in der Rente besser berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für Kinder, die vor dem 01.01.1992 geboren wurden.

Altersarmut muss bereits in der Beschäftigung verhindert werden. Guter Lohn für gute Arbeit muss dabei der Grundsatz sein.

Arbeitnehmer brauchen preisgünstigen Wohnraum

Bezahlbaren Wohnraum zu sichern und für die wachsende bayerische Bevölkerung genügend neue familienfreundliche und altersgerechte Wohnungen zu schaffen, ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

Der aktuelle Wohnungsmangel lässt sich aber nur durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und der Bauwirtschaft lösen. Die Bekämpfung des Wohnraummangels erfordert dabei unter anderem eine verstärkte Ausweisung von Baugebieten und den Bau neuer Wohnungen, der durch die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung (AfA) gefördert werden soll. Auch ohne Inanspruchnahme zusätzlichen Baulandes könnten neue Wohnungen durch Nachverdichtung entstehen.

Auch der Mieterschutz muss weiter verbessert werden. Eine regionale Kappungsgrenze mit maximal 15 % innerhalb von drei Jahren ist von der Bayerischen Staatsregierung bereits beschlossen worden.

Wir brauchen für Arbeitnehmer auch die Gelegenheit, Wohnungseigentum bzw. Genossenschaftswohnungen günstiger zu erwerben. Darüber hinaus plant Bayern für Erhaltungssatzungsgebiete einen Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen.

Bayern – menschlich, sozial und gerecht.


Joachim Unterländer, MdL
CSA Landesvorsitzender